

“...un pas vers la remise en cause du statut linguistique de notre commune...”

Reaktionen auf die Einführung von Projekten mit zweisprachigem Unterricht ab Kindergarten- und Grundschulstufe

Gabriela FUCHS

Abstract

Depuis le début des années 90, dans les cantons de Fribourg et du Valais, cantons officiellement bilingues, l'introduction de l'enseignement bilingue *précoce* suscite de vives discussions. Contrairement au canton de Fribourg, cet intérêt pour l'enseignement bilingue précoce a abouti dans le canton du Valais à de réelles expérimentations. Pourtant la discussion autour d'un enseignement bilingue précoce dans les deux cantons comporte de nombreux parallélismes. Les arguments avancés contre l'enseignement bilingue précoce se ressemblent: ils sont d'ordre psychologique et pédagogique mais portent également sur des revendications syndicales. Dans le canton de Fribourg uniquement, des arguments sur la politique des langues et sur leur statut juridique s'ajoutent à ce débat. Il semble donc que la situation linguistique spécifique du canton du Valais ait contribué à la réalisation de projets bilingues précoces en un laps de temps relativement court.

1. Einleitung

In den vergangenen Jahren hat die Diskussion um die Einführung von Projekten mit zweisprachigem Unterricht ab Kindergarten- und Primarschulstufe in der Schweiz an Gewicht gewonnen. In verschiedenen Städten und Gemeinden – v.a. der Westschweiz – wurden Projekte ausgearbeitet und z.T. auch realisiert. Die Reaktionen auf diese Vorschläge sind zum grossen Teil in den verschiedenen Projektgemeinden sehr ähnlich; den Projekten erwachsen aber auch Widerstände, die nur vor dem Hintergrund der sprachlichen Situation in der Projektgemeinde verstanden werden können. Im vorliegenden Artikel soll die Diskussion um die Einführung von zweisprachigem Unterricht in den Kantonen Wallis und Freiburg gegenübergestellt werden. Beide Kantone sind offiziell zweisprachig. In beiden Kantonen bilden die Französischsprachigen mit zwei Dritteln die sprachliche Mehrheit.¹

Sowohl im Kanton Wallis wie auch im Kanton Freiburg bestehen auf den höheren Stufen des Schulsystems verschiedene Modelle mit zweisprachigen Unterrichtsformen und es können zahlreiche Austauschaktivitäten festgestellt werden. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema “früher zweisprachiger Unterricht” begann in beiden Kantonen hingegen erst anfangs

¹ Wenn in der Folge von “sprachlicher Minderheit” die Rede ist, dann bezieht sich dieser Ausdruck auf eine “offizielle” Minderheit in einem zweisprachigen Kanton.

der 1990er Jahre. Acht Jahre später ist der Kanton Wallis in der Umsetzung dieser Idee sehr viel weiter als der Kanton Freiburg.

2. Frühe und mittlere Immersionsmodelle vs. späte Immersionsmodelle

Immersionsmodelle mit Beginn auf Kindergarten- oder Primarschulstufe und einer hohen L2-Dotation (mind. 50%) haben in der Schweiz Seltenheitswert. Dagegen gibt es zahlreiche Modelle mit einem Beginn des zweisprachigen Unterrichts nach Abschluss der Primarschule. Einen Überblick über mehrsprachigen Unterricht in der Schweiz bietet der Bericht *Zweisprachige Modelle und Projekte an Schweizer Schulen* (vgl. BROHY 1998). Dieser Bericht listet für 1998 zwar 157 Projekte auf, die meisten beginnen jedoch spät und richten sich zumeist an eine leistungsstärkere Schülerschaft. Von den 64 Modellen auf Sekundarstufe II, die der Bericht 1998 beschreibt, sind mehr als 80% an Gymnasien, Lehrerseminarien und Handelsschulen oder Handelsmittelschulen zu finden. Es mag in diesem Zusammenhang bezeichnend sein, dass als Begründung für zweisprachigen Unterricht an einer Berufsschule angegeben wird: "*Classe bilingue pour des raisons d'effectifs*" (BROHY 1998, Anhang IV, 10).

Im vorliegenden Artikel möchte ich mich ausschliesslich auf zweisprachige Bildungsgänge oder Züge mit früher oder mittlerer partieller Immersion konzentrieren. Letztgenannte Projekte werden als radikalere Modelle wahrgenommen und lösen deutlich mehr Reaktionen und Widerstände aus als Projekte mit einem späten Beginn und/oder einem reduzierten L2-Anteil.

3. Zweisprachiger Unterricht im Kanton Wallis

3.1. Die sprachliche Situation im Kanton Wallis

Der Kanton Wallis ist offiziell zweisprachig. Deutsch und Französisch gelten als Kantonsprachen. Die Gleichberechtigung beider Sprachen in Gesetzgebung und Verwaltung ist seit 1907 in der Verfassung verankert.² Die Bevölkerung setzte sich 1990 bei einer Wohnbevölkerung von 249'817 Personen nach Sprachgruppen wie folgt zusammen:

Französisch 59,7%
Deutsch 29,4%
Andere 10,9%

² Mit dieser Gleichstellung auf Verfassungsebene ging allerdings bei weitem nicht eine faktische Gleichstellung einher.

Die Sprachdurchmischung ist gering, die beiden Sprachgebiete sind relativ homogen. Aufgrund der topographischen Gegebenheiten bestehen direkte Berührungspunkte nur zwischen der französischsprachigen Gemeinde Sierre (in der Folge Siders) und der deutschsprachigen Gemeinde Salgesch.

Im oberen Kantonsteil (dem Oberwallis) gilt das Deutsche als Amts-, Schul- und Gerichtssprache. Im unteren Kantonsteil (dem Mittel- und Unterwallis) ist die offizielle Sprache das Französische. Die sprachliche Minderheit hat auf kantonaler Ebene eine relativ starke Stellung; das hängt unter anderem damit zusammen, dass die deutschsprachigen C-Parteien (CVP und CSP) auf kantonaler Ebene zusammenspannen. Die Zweisprachigkeit des Kantons ist – verglichen mit anderen zweisprachigen Kantonen – auf politischer Ebene kaum ein Thema. Politische Vorstösse in diesem Bereich sind selten.

3.2. Walliser Immersionsprojekte im Überblick

Seit Anfang der 1970er Jahre wird in beiden Kantonsteilen die L2 als Fremdsprache ab der 4. Primarklasse (anfänglich ab der 3. Primarklasse) gelernt. Als Alternative zum herkömmlichen Sprachunterricht werden seit dem Schuljahr 1994/95 an öffentlichen Schulen verschiedene Modelle mit zweisprachigem Unterricht ab Kindergarten- und Grundschulstufe erprobt. Es handelt sich dabei – in Anlehnung an die kanadischen Schulmodelle – um Projekte mit früher oder mittlerer Immersion (frühe Immersion ab Kindergarten, mittlere Immersion ab dem 3. oder 5. Primarschuljahr). In allen Projekten beträgt der Anteil der Zweitsprache rund 50%. Als Zweitsprache gilt in den französischsprachigen Projektgemeinden Siders, Sion (in der Folge Sitten) und Monthey das Hochdeutsche, in der deutschsprachigen Projektgemeinde Brig-Glis ist Französisch die Zweitsprache. Alle Projekte sind als Bildungsgänge konzipiert, d.h. der deutsch-französische Unterricht wird während mehrerer Schuljahre – z.B. während der gesamten obligatorischen Schulzeit – angeboten. Eine weitere Gemeinsamkeit der Projekte ist die Anwendung des Prinzips "Eine Lehrperson – ein Sprache". In allen Klassen unterrichten also jeweils eine L1-Lehrperson und eine L2-Lehrperson, die sich ein Pensum teilen. Alle Projekte basieren auf freiwilliger Teilnahme der Schülerinnen und Schüler; als einziges Teilnahmekriterium gilt die Einschreibung durch die Eltern. In der Regel ist die Zahl der Einschreibungen höher als die Zahl der Plätze in den zweisprachigen Klassen. Das führt dazu, dass die Schülerinnen und Schüler, die an den Projekten teilnehmen dürfen, ausgelost werden müssen.

Im Schuljahr 1998/99 gibt es im Kanton Wallis 22 zweisprachige Klassen, die nach dem Prinzip der partiellen Immersion funktionieren. Diese Klassen werden von rund 500 Kindern besucht. In jedem Schuljahr werden die Projektklassen in den vier Gemeinden um fünf Nachfolgeklassen erweitert (Monthey, Siders und Brig-Glis jeweils eine neue zweisprachige Klasse, Sitten jeweils zwei neue zweisprachige Klassen). In allen französischsprachigen Gemeinden ging die Initiative für die Einrichtung von zweisprachigem Unterricht von den Eltern aus. Es war also nicht so sehr eine Diskussion, die sich auf kantonaler Ebene abspielte, sondern eine Bewegung von "unten", ausgehend von der Gemeinde Siders. Einzig in Brig-Glis kam der Vorschlag für die Erprobung eines zweisprachigen Schulversuchs von den kommunalen Schulbehörden.

3.3. Von der Genese eines Modells: Fallbeispiel Siders

3.3.1. Die sprachliche Situation in der Gemeinde Siders

Die Gemeinde Siders ist offiziell französischsprachig. Sie liegt an der deutsch-französischen Sprachgrenze und zählt bei einer Wohnbevölkerung von 14'143:

- 67,7% Französischsprachige
- 14,5% Deutschsprachige
- 17,7% Anderssprachige

Neben der Kantonshauptstadt Sitten ist Siders die einzige Gemeinde im Wallis mit einem Schulangebot in beiden offiziellen Sprachen des Kantons. Die obligatorische Schulzeit kann sowohl auf Deutsch als auch auf Französisch absolviert werden. Zwischen den deutsch- und französischsprachigen Klassen bestehen allerdings nicht viele Kontakte.

3.3.2. Die Diskussion um die Einführung eines zweisprachigen Schulversuchs

In Siders setzte sich eine französischsprachige Elterngruppierung ab 1990 für die Einführung von zweisprachigem Unterricht ein. Die *Association de parents d'élèves* (APE) forderte jahrelang eine Verbesserung des herkömmlichen Fremdsprachenunterrichts durch die Einführung von immersivem Unterricht nach dem Beispiel der kanadischen Schulmodelle. Die Eltern unterstrichen in diesem Zusammenhang v.a. die Notwendigkeit von Fremdsprachenkenntnissen auf dem Arbeitsmarkt und vertraten zudem die Ansicht, dass der Kanton vermehrt von seiner Zweisprachigkeit profitieren müsse.

Die Umsetzung resp. Umsetzbarkeit dieser Initiative wurde in der Gemeinde während mehrerer Jahre diskutiert. Wie aus Sitzungsprotokollen und

schriftlichen Stellungnahmen von Eltern, Lehrpersonen und Behörden hervorgeht³, vertraten die verschiedenen Parteien unterschiedliche Standpunkte, was die Projektumsetzung betraf. Die Eltern verlangten eine möglichst baldige Umsetzung und waren auch bereit, ein Projekt zu starten, in dem nicht alle Punkte zur Zufriedenheit aller geklärt worden waren:

"Les parents francophones préfèrent un projet qui comporte dans un premier temps quelques défauts à corriger par la suite, plutôt que rien du tout." (BREGY/ FUCHS/ WEISS 1995, Anhang 26/7)

Die Lehrpersonen der Gemeinde brachten zahlreiche Vorbehalte an und äusserten sich misstrauisch gegenüber der Schnelligkeit, mit der das Projekt umgesetzt werden sollte. Die Haltung der Behörden (kommunal und kanton) kann am ehesten als "vorsichtig befürwortend" bezeichnet werden.

In einer Stellungnahme von 1993 sprachen sich die Lehrpersonen zwar für eine Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts aus, wehrten sich aber gegen ein derart "radikales" Projekt, das ihrer Meinung nach zu viele Nachteile mit sich brachte und nur ungenügend vorbereitet war. Die Lehrpersonen brachten folgende Argumente vor: Es kann nicht die Rolle der Schule sein "de former une catégorie d'enfants bilingues dans des conditions privilégiés" (BREGY/ FUCHS/ WEISS 1995, Anhang 26/11); die grundsätzlichen Ziele der Schule könnten in einem derartigen Projekt nicht mehr erreicht werden; das Projekt müsse besser vorbereitet werden (Kostenplanung, Ausbildung, Lehrpläne, Lehrmittel). Im gleichen Bericht machen die Lehrpersonen eine Reihe von interessanten Vorschlägen, in welche Richtung die Entwicklung ihrer Meinung nach gehen sollte: *éveil au langage*, ansatzweiser Einbezug der LI von Migrantenkinder, Aktivitäten in der L2 (d.h. Lehreraustausch für bestimmte Fächer, Klassenmischung für bestimmte Fächer...). Es handelt sich grundsätzlich um Vorschläge, die man – v.a. was die L2 betrifft – gerade in einer Gemeinde wie Siders mit einem Schulangebot in beiden Sprachen schon lange hätte umsetzen müssen resp. können, die aber bis heute auf eine Umsetzung warten.

3.3.3. Gemischtsprachige Klassen 1993/94

Da man sich zu Beginn des Schuljahres 1993/94 noch nicht darüber einig war, nach welchen Modalitäten das Projekt funktionieren sollte, die Eltern aber nicht länger warten wollten, wurden kurzfristig 15 französischsprachige Kinder auf die drei deutschsprachigen Kindergartenklassen der Gemeinde verteilt. Die

³ Die Stellungnahmen der verschiedenen Partner sind im Bericht BREGY/ FUCHS/ WEISS 1995 abgedruckt.

Kindergärtnerinnen sprachen in diesen Klassen vorwiegend Walliserdeutsch. Das Projekt wurde am Ende des Schuljahres vom *Institut de recherche et de documentation pédagogique* (IRDP) evaluiert (vgl. BREGY/ FUCHS/ WEISS 1995).

Dem Projekt erwuchs v.a. von Seiten der sprachlichen Minderheit – also von den deutschsprachigen Eltern – Widerstand:

“La présence d’enfants exclusivement francophones dans la filière scolaire de la minorité germanophone est donc perçue comme une menace.”
(BREGY/ FUCHS/ WEISS 1995, 17)

Im Verlauf des Schuljahres hatte sich gezeigt, dass die in der Gemeinde dominierende Sprache – also das Französische – zur Umgangssprache in der gemischtsprachigen Schülerschaft geworden war. Die deutschsprachigen Eltern befürchteten, dass die LI ihrer Kinder darunter gelitten haben könnte. Diese Befürchtungen konnten mit der Evaluation widerlegt werden.

Nach offizieller Version befanden sich in diesen Klassen 15 französischsprachige und 41 deutschsprachige oder zweisprachige Kinder. Für die Einstufung eines Kindes als zweisprachig war ausschliesslich die Sprache der Eltern ausschlaggebend. Wenn ein Elternteil Deutsch als Erstsprache angab, wurde das Kind als zweisprachig eingestuft. Bei der kurzfristigen Ende Schuljahr in Auftrag gegebenen Evaluation konnten wir feststellen, dass es in den deutschsprachigen Klassen kaum Kinder gab, die ausschliesslich Deutsch sprachen. Von den als “zweisprachig” eingestuften Kindern sprachen einige zu Hause ausschliesslich Französisch. Tatsächlich fand – und findet nach wie vor – in den deutschen Kindergartenklassen der Gemeinde bereits eine Art Immersion statt: Gemischtsprachige Paare mit Französisch als Familiensprache nutzen das Angebot der deutschen Klassen, um ihren Kindern eine zweisprachige Erziehung zu ermöglichen. Dieser Gegebenheit wurde bei der Integration der französischsprachigen Kinder in den deutschen Klassen ungenügend Rechnung getragen.

3.3.4. Start eines neuen Projektes 1994/95

In der Folge forderte die APE die Einführung eines Modells mit partieller Immersion ab Kindergarten mit Dialekt oder Hochdeutsch als Unterrichtssprache und idealerweise einer Fortführung auf Sekundarstufe I, offen für Kinder anderer Sprache und organisiert als “structure indépendante de l’école allemande” (BREGY/ FUCHS/ WEISS 1995, Anhang 26/8).

Eine entsprechende Klasse – mit Hochdeutsch als L2 – wurde 1994/95 eröffnet. Gleichzeitig entschied sich die Gemeinde, ein zweites Modell mit

partieller Immersion ab 3. Primarklasse zu testen und die Ergebnisse der beiden Modelle miteinander zu vergleichen, um sich nach Abschluss der Projektphase und einer Schlussevaluation definitiv für eines der beiden Modelle zu entscheiden.

3.4. Ausweitung auf andere Gemeinden

Die Erprobung von zweisprachigem Unterricht in Siders blieb auch in anderen Walliser Gemeinden nicht unbeachtet. Beim Erziehungsdepartement gingen bald darauf mehrere Gesuche um die Eröffnung von zweisprachigen Klassen ein, die alle bewilligt wurden. Im Schuljahr 1995/96 eröffneten die Gemeinden Sitten und Monthey zweisprachige Bildungsgänge ab 1. Kindergarten (Sitten) und 2. Kindergarten (Monthey). In Brig-Glis wurde 1995/96 eine zweisprachig unterrichtete 5. Primarklasse eröffnet.

Dieses Vorgehen erfuhr heftige Kritik vorab aus pädagogischen Kreisen:

“Le ‘forcing’ que certaines autorités tentent d’imposer, sous la pression de parents soucieux de voir la formule appliquée à leur propre rejeton (...), ne risque-t-il pas de compromettre la qualité d’un résultat recherché à la hâte et de braquer inutilement les enseignants?” (CRETTON 1995, 3)

Mit der zunehmenden Ausdehnung der Projekte fokalisierte sich die Kritik der französischen Lehrerschaft verstärkt auf den Abbau von Stellen für ihre Sprachgruppe. In ihrem Jahresbericht von 1997 bezog die *Société pédagogique valaisanne*⁴ diesbezüglich klar Stellung:

“[La SPVal] regrette le déséquilibre existant entre le Haut et le Bas-Valais. Ce déséquilibre freine d’éventuels échanges d’enseignants et par la même occasion une meilleure gestion des places de travail francophones. C’est sur ce dernier point d’ailleurs que se focalisent les inquiétudes.

[L]’ensemble des membres du Groupe de coordination de l’enseignement bilingue⁵ ont émis le souhait d’établir un cadre cantonal permettant de fixer les options essentielles du bilinguisme dans notre canton.

⁴ Vereinigung der französischsprachigen Lehrpersonen des Kantons

⁵ Bei der *Groupe de coordination de l’enseignement bilingue* handelt es sich um eine vom Kanton eingesetzte Gruppe, welche eine möglichst umfassende Zusammenarbeit und Koordination zwischen den verschiedenen Projektgemeinden garantieren soll. In dieser Gruppe sind alle vier Projektgemeinden durch ihren Schuldirektor vertreten, das weitere nimmt das Erziehungsdepartement Einsitz (Schulinspektoren beider Sprachregionen, Fachberaterin L2), die Verantwortlichen der wissenschaftlichen Evaluation, Lehrervertreter aus beiden Sprachregionen und seit Ende 1998 die Präsidentin der französischsprachigen Elternvereinigungen.

Aux yeux du Comité cantonal, le bilinguisme reste un dossier à traiter en urgence puisqu'il constitue une menace pour un certain nombre de postes attribués à des enseignants de langue française." (SPVal 1997, 12-13)

Das deutschsprachige Pendant zur SPVal, die OLLO (Oberwalliser Lehrerinnen- und Lehrerorganisation), hat zum Thema zweisprachiger Unterricht bisher noch nicht öffentlich Stellung bezogen. Auch die Eltern des deutschsprachigen Wallis, organisiert im Rahmen von *Schule und Elternhaus*, haben sich bisher nicht zum Thema geäußert. In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass die Elternorganisationen in der Westschweiz in der Regel besser organisiert sind und weit grössere Mitgliederzahlen aufweisen als die entsprechenden Vereinigungen in der deutschen Schweiz. Die *Fédération des Associations de Parents du canton du Valais* setzt sich ebenso wie die *Fédération de Parents d'Elèves de Suisse Romande et du Tessin (FAPERT)* für die Förderung von zweisprachigem Unterricht ein.

4. Zweisprachiger Unterricht im Kanton Freiburg

4.1. Die sprachliche Situation im Kanton Freiburg

Der Kanton Freiburg ist offiziell zweisprachig. Deutsch und Französisch gelten als Kantonssprachen. Die beiden Sprachen werden allerdings erstmals in der Verfassung von 1990 explizit als Amtssprachen bestimmt.⁶ "Ihr Gebrauch wird in Achtung des Territorialitätsprinzips geregelt." (Art. 21, KV). Freiburg ist der einzige Kanton in der Schweiz, der in der Verfassung ausdrücklich das Territorialitätsprinzip erwähnt.

Die Bevölkerung setzte sich 1990 bei einer Wohnbevölkerung von 213'571 Personen nach Sprachgruppen wie folgt zusammen:

Französisch 60,96%
Deutsch 29,66%
Andere 9,4%

Im Gegensatz zum Kanton Wallis ist die Sprachdurchmischung in Freiburg v.a. im Sprachgrenzbereich sehr hoch, in vielen offiziell französischsprachigen Gemeinden finden sich grössere deutschsprachige Minderheiten. Bei der zweisprachig durchmischten Zone im Sprachgrenzbereich handelt es sich

⁶ Historisch gesehen erfuhr die deutschsprachige Minderheit während Jahrzehnten eine massive Benachteiligung (vgl. ALTERMATT 1993). Das hängt u.a. damit zusammen, dass die Deutschsprachigen im Kanton weder räumlich noch konfessionell noch politisch eine Einheit bilden.

historisch gesehen schon lange Zeit um eine Mischregion (vgl. FLEINER-GERSTER 1991, 97).

Die Zweisprachigkeit des Kantons ist auf politischer Ebene ein wichtiges Thema. Verglichen mit dem Kanton Wallis gibt es zahlreiche politische Vorstösse in diesem Bereich, wobei die meisten das Schulwesen betreffen. Der öffentliche Diskurs zu diesem Thema war in den vergangenen Jahren geprägt von der Diskussion um das Territorialitätsprinzip. Die Meinungen zur Anwendung dieses in der Verfassung verankerten Prinzips driften stark auseinander und es zeichnet sich kein Konsens ab. Eine starre Haltung in dieser Frage nehmen gewisse *Opinion leaders* der französischen Mehrheit – organisiert in der *Communauté Romande du Pays de Fribourg (CRPF)* – ein. Sie fordern eine strikte Anwendung des Territorialitätsprinzips und wehren sich dagegen, Gemeinden im Sprachgrenzbereich offiziell als zweisprachig zu erklären (vgl. *Communauté Romande du Pays de Fribourg* 1995).

Die CRPF wurde 1985 gegründet, sie setzt sich für die Verteidigung der französischen Sprache und Kultur ein. Anlass zur Gründung war die Revision des Freiburger Schulgesetzes. In einem ersten Entwurf sah das Gesetz in Art. 10 vor, dass Gemeinden an der Sprachgrenze das Schulgeld für Kinder übernehmen sollten, die aus sprachlichen Gründen nicht die Schule am Wohnort besuchten. Dieser Passus – der in der Folge verändert wurde – führte zur Gründung der CRPF. Nach Ansicht der CRPF wären die französischsprachigen Gemeinden des Kantons auf diese Weise dazu gezwungen worden, ihre eigene Germanisierung zu finanzieren (WINDISCH et al. 1992, I, 202). Diese Argumentationsweise muss in einen weiteren Kontext gestellt werden: Sie hängt mit der Niederlassung von deutschen oder Deutschschweizer Firmen im Kanton, mit dem Zuzug von Deutschsprachigen und deren Forderungen und mit dem wirtschaftlichen Übergewicht der deutschen Schweiz überhaupt zusammen (WINDISCH et al. 1992 I, 203).

"Le majoritaire cantonal a dès lors tendance à se définir uniquement en fonction de sa situation de minoritaire sur le plan fédéral." (WINDISCH et al. 1992, I, 202)

4.2. Die Diskussion um die Einführung von zweisprachigem Unterricht

Generell gilt für den Kanton Freiburg, was auch für den Kanton Wallis zutrifft: Auf allen Stufen des Schulsystems gibt es Modelle und Projekte mit zweisprachigen Unterrichtsformen, v.a. spät beginnende, aber es existiert keine kohärente Politik in diesem Bereich. Die Schulen agieren relativ selbständig – was im Hinblick auf die rasche Umsetzung von Innovationen eigentlich zu

begrüssen wäre –, andererseits führt dieser Zustand zu einem schlechten Informationsfluss (jede Schule beginnt wieder bei Null) und die Projekte der verschiedenen Schulstufen bauen nicht aufeinander auf.

Auf Elternseite setzt sich in Freiburg eine Arbeitsgruppe seit 1991 intensiv für die Förderung von frühem zweisprachigem Unterricht ein. Diese Gruppe wurde 1992 zur *Association Ecole bilingue Fribourg* umgewandelt und setzt sich vorwiegend aus französischsprachigen Eltern zusammen.⁷ Die Gründung dieses Vereins wurde von den *Freiburger Nachrichten* (der deutschsprachigen Tageszeitung des Kantons) mit der Überschrift “Das Ende der sprachlichen Apartheid ist nahe” begrüsst (*Freiburger Nachrichten*, Mai 1992). Auf politischer Ebene wurden sowohl im Stadtparlament als auch im Kantonsparlament verschiedene Vorstösse in Richtung zweisprachiger Unterricht unternommen (z.B. *Postulat demandant l'introduction de classes bilingues* von 1992). Auf bildungspolitischer Ebene wird seit Jahren an einem kantonalen Konzept zur *Förderung der Partnersprache* gearbeitet. 1997 wurde ein entsprechender Bericht vorgelegt (vgl. *Promotion de la langue partenaire* 1997), der 1997/98 in Vernehmlassung ging. In dem Konzept werden drei verschiedene Modelle vorgeschlagen, die zu drei verschiedenen L2-Kompetenzniveaus führen sollen. Die Gemeinden hätten zwischen den drei Modellen wählen können. Das “höchste” L2-Niveau hätte beispielsweise durch frühe partielle Immersion erreicht werden können. Die Mehrheit der konsultierten Personen reagierte auf diese Vorschläge eher ablehnend und stufte sie als unrealistisch und nicht finanzierbar ein. Auch im Freiburger Kontext zeichnet sich ab, dass eine Verbesserung des schulischen Fremdsprachenunterrichts zwar grundsätzlich begrüsst wird, aber weniger “radikale” Mittel zur Erreichung dieses Ziels gefordert werden.⁸

4.3. Das Projekt *Ecole bilingue Marly*

4.3.1. Die sprachliche Situation in der Gemeinde Marly

Die offiziell französischsprachige Gemeinde Marly liegt an der deutsch-französischen Sprachgrenze. Die Bevölkerung setzte sich 1990 bei einer Wohnbevölkerung von 6578 nach Sprachgruppen wie folgt zusammen:

- 71,2% Französischsprachige
- 19,2% Deutschsprachige
- 9,6% Anderssprachige

⁷ Die Aktivitäten dieser Vereinigung sind nach Aussagen eines Gründungsmitgliedes in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

⁸ Die schriftliche Auswertung der Vernehmlassung ist momentan noch nicht zugänglich.

Der prozentuale Anteil der Deutschsprachigen liegt seit vielen Jahrzehnten in etwa dieser Grössenordnung. Berücksichtigt man jeweils nur die Verteilung der französischen und deutschen Sprachgruppe, dann betrug der Anteil der Deutschsprachigen bei der Volkszählung von 1900 22%, 1930 26%, 1960 22% und 1990 21% (vgl. Bericht zum Freiburger Sprachenartikel 1993, Anhang 2).

Die Gemeindeschulen sind französischsprachig. Deutschsprachige Kinder aus Marly konnten jahrelang unentgeltlich die deutschen Schulen in der Stadt Freiburg besuchen. Diese Praxis wurde aber in Frage gestellt, als der Generalrat der Gemeinde dieses Angebot in einem Reglement explizit aufnehmen wollte. Als Begründung für diese plötzliche Ablehnung einer “alten Tradition” wurde von den Beschwerdeführern der neue Sprachenartikel der Kantonsverfassung mit der expliziten Gewährung des Territorialitätsprinzips angeführt (vgl. ausführliche Darstellung bei FLEINER-GERSTER 1991).

4.3.2. Die Diskussion um die Einführung von zweisprachigem Unterricht

In Marly wird die Einführung von frühem zweisprachigem Unterricht seit 1994 diskutiert. Wie in Siders ging auch hier die Initiative von französischsprachigen Eltern aus, welche eine Verbesserung des herkömmlichen Fremdsprachenunterrichts in den Schulen anstrebten. Die Eltern erstellten einen Bericht mit ihren Vorschlägen und Ideen (*Une école bilingue à Marly? 1995*) und organisierten verschiedene Informationsveranstaltungen.

Die politischen Behörden der Gemeinde reagierten auf das Projekt positiv. Dagegen enthält ein Bericht der Lehrpersonen vom Juni 1995 massive Kritik an den Vorschlägen (*Préoccupations des enseignants de Marly 1995*⁹). Der Bericht listet in einem einleitenden Teil akribisch sämtliche negativen Vorurteile gegenüber der frühen Zweisprachigkeit auf, wie bereits ein kurzer Auszug aus der Stellungnahme zeigt:

“[L]e bilinguisme provoque ‘des interférences multiples, des méprises continues qui finissent par embrouiller l'esprit du locuteur, et jeter le trouble dans les cerveaux non préparés à un tel effort.’ (...) l'enfant ‘se trouve ballotté entre des systèmes de pensée différents l'un de l'autre; son esprit ne trouve d'assiette ni dans l'un ni dans l'autre; sa croissance intellectuelle n'est pas doublée mais diminuée de moitié’.” (*Préoccupations des enseignants de Marly 1995*, 3)

Andererseits finden sich in dem Bericht zahlreiche Aussagen, die ihren Ursprung in der unter Punkt 4.2 dargestellten Diskussion finden. Mehrmals wird

⁹ Der Bericht befindet sich in der Gemeindebibliothek von Marly.

darauf hingewiesen, dass ein derartiges Projekt den heutigen sprachlichen Status der Gemeinde (als offiziell französischsprachig) in Frage stellen würde und es wird offen von der Gefahr einer Germanisierung gesprochen:

“La commune de Marly (...) a clairement déclaré vouloir être considérée comme une commune francophone (...) L'ouverture d'une classe ou d'une filière bilingue à Marly est un pas vers la remise en cause du statut linguistique de la commune.” (Préoccupations des enseignants de Marly 1995, 13)

“Certains perdraient leur identité, leur culture. Seront-ils de langue maternelle française ou allemande, de culture romande ou alémanique? Le risque est d'autant plus grand que nous sommes situés à la frontière des langues.” (Préoccupations des enseignants de Marly 1995, 6)

“Les enseignants de langue 2 enseigneraient-ils avec les objectifs du plan romand ou adopteraient-ils le programme alémanique? Si ce dernier prévaut, on peut parler d'une germanisation, de la perte d'identité francophone, d'une rupture avec l'école romande.” (Préoccupations des enseignants de Marly 1995, 10)

Die Initianten des Projektes – und es darf nicht vergessen werden, dass es sich hierbei um französischsprachige Eltern handelt – waren sich dieser Einstellungen wohl bewusst, als sie in ihrer Broschüre *Une école bilingue à Marly?* ihr Projekt darstellten und explizit festhielten:

“[L]e principe de territorialité ne fait pas obstacle à l'ouverture de classes bilingues dans les communes unilingues du canton (c.f. rapport Schwaller¹⁰). Cette question (...) a fait l'objet d'un rapport juridique (...) Ce rapport (...) conclut également à la compatibilité des classes d'immersion avec le principe de territorialité. Nous ajouterons qu'il ne s'agit pas d'ouvrir des classes alémaniques dans les communes francophones (...) mais d'offrir aux enfants une autre forme d'enseignement de la langue 2 (l'allemand), l'enseignement de la langue 1 et en langue 1 (le français) étant maintenu.” (*Une école bilingue à Marly?* 1995, 8)

Diese Argumente sind offensichtlich von der “Gegenseite” in keiner Art und Weise zur Kenntnis genommen worden.

¹⁰ Mit dem *Rapport Schwaller* ist der *Bericht der Kommission zur Anwendung des Sprachenartikels der Freiburger Staatsverfassung* von 1993 gemeint. Diese Kommission wurde vom Freiburger Staatsrat U. Schwaller präsidiert.

Hält man sich die Aussagen der Lehrerschaft (unterzeichnet von 40 Lehrpersonen) zur individuellen Zweisprachigkeit vor Augen, muss ein erschreckendes Informationsdefizit in diesem Bereich festgestellt werden. Die zahlreichen Bedenken pädagogischer Art (Elite-Klassen, nur für leistungsstarke Kinder, Ausschluss von Migrantenkindern, fehlende Ausbildung der Lehrpersonen, fehlende Lehrmittel usw.) überschneiden sich mit denjenigen im Kanton Wallis. Auch der Abbau von Lehrerstellen für die französische Sprachgruppe war in Marly ein Thema (vgl. *La Liberté* 18.12.1997).

Eine von der Gemeinde durchgeführte Elternbefragung bezeugte zwar ein grosses Interesse an dem Projekt. Vor dessen Realisierung in absehbarer Zeit muss dennoch ein Fragezeichen gestellt werden, denn die Widerstände gegen das Projekt haben keineswegs abgenommen (vgl. z.B. *La Liberté* 18.12.1997).

5. Wider frühen Immersionsunterricht

Die bisherige Darstellung zeigt, dass in beiden Kantonen die Diskussion um zweisprachige Schulen über weite Strecken gleich ablief resp. abläuft: Französischsprachige Eltern machen Druck und fordern die Einrichtung von zweisprachigen Klassen. Lehrpersonen und pädagogische Organisationen und z.T. auch schulische Behörden warnen vor einer Überstürzung. Alle sind zwar der Ansicht, dass eine Verbesserung des L2-Unterrichts in den Schulen angestrebt werden sollte, die Kritiker der Projekte warnen jedoch vor derart “radikalen” Projekten und machen andere (weniger “radikale”) Vorschläge, wie der schulische Fremdsprachenunterricht verändert werden könnte.

5.1. Argumentationsweise im Überblick

Der öffentliche Diskurs in Siders und Marly sowie in anderen Gemeinden zeigt, dass bei der Diskussion um die Einführung von frühen Immersionsmodellen mit einer hohen L2-Dotation folgende Argumente mit grosser Regelmässigkeit auftauchen:

- **Entwicklungspsychologische Argumente:** Im Gegensatz zu späten Projekten lassen frühe Immersionsmodelle Befürchtungen laut werden, die man mit den “vermuteten negativen Auswirkungen des bilinguisme précoce” umschreiben könnte: Angst vor negativen Auswirkungen auf die Muttersprache, Angst vor Identitätsverlust, Angst vor Sprachmischung usw.

Diese Argumente tauchen in beiden untersuchten Kantonen auf¹¹, einzig das Argument des "Identitätsverlustes" kommt im Wallis nicht vor.

- **Pädagogische Argumente:** Auch diese Argumentationsweise überschneidet sich in den beiden Kantonen weitgehend. Einmal wird in Frage gestellt, dass sich zweisprachiger Unterricht für die gesamte Schülerschaft eignet. Die Integration von lernschwachen und anderssprachigen Kindern wird als unrealistisch eingestuft. Das wiederum würde zur Bildung von Elite-Klassen führen und die Chancengleichheit im Bildungswesen beeinträchtigen. Ein zweiter Punkt betrifft einen befürchteten Abbau der Lerninhalte, da im fremdsprachigen Sachunterricht nicht mehr die gleichen Inhalte vermittelt werden könnten wie im einsprachigen Unterricht. Die Einführung von zweisprachigem Unterricht wird als zu frühe Spezialisierung wahrgenommen und die Aufwertung der Sprachen im Unterricht als einseitige Ausrichtung der Schule bewertet.

Andere Argumente betreffen die konkrete Unterrichtsgestaltung (keine entsprechenden Lehrpläne, keine entsprechenden Unterrichtsmaterialien) und v.a. die fehlende Ausbildung der Lehrpersonen.

- **Gewerkschaftliche Argumente:** Frühe Projekte mit einer hohen L2-Dotation führen zu wesentlichen Veränderungen im Lehrkörper. In den Walliser Projekten werden beispielsweise muttersprachige Lehrpersonen aus der anderen Sprachregion für den Sachunterricht in der L2 angestellt. Jede zweisprachige Klasse bedeutet in der Perspektive der Lehrer-Gewerkschaften den Verlust einer halben Lehrerstelle in L1.

Dagegen verursacht die Einführung von zweisprachigen Unterrichtsformen auf Sekundarstufe I oder II weniger Veränderungen im Lehrkörper. Die Projekte werden vielfach "mit den vorhandenen Mitteln" gestaltet, d.h. die Auswahl der L2-Fächer und Sprachen erfolgt nach Möglichkeit derart, dass Lehrpersonen, die bereits an der Schule unterrichten, in das Modell integriert werden können.

Im Zusammenhang mit frühen Immersionsprojekten fällt auch die Anmerkung, dass die Lehrer-Diplome aufgrund des neuen Anforderungsprofils ihre Gültigkeit verlieren und dass man von den Lehrpersonen Sprachkompetenzen verlangt, welche diese während ihrer Ausbildung gar nicht erwerben konnten:

¹¹ Im Wallis wurden diese Befürchtungen zwar nicht in schriftlichen Stellungnahmen festgehalten, sie werden aber immer wieder an Informationsveranstaltungen (z.B. an Eltern- oder Lehrer- Informationsabenden) geäußert.

"[O]ffrir aux enfants un enseignement bilingue exige d'autres compétences qui n'ont d'ailleurs pas été développées au sein des structures de formation, telles qu'elles étaient conçues jusqu'à présent." (CRETTON 1995, 3)

Während sich die Argumentationsweise in obigen Punkten überschneidet, gibt es zwischen den beiden Kantonen deutliche Unterschiede in den folgenden Bereichen:

- **Sprachrechtliche und sprachpolitische Argumente:** Im Kanton Freiburg werden im Zusammenhang mit frühen Immersionsmodellen folgende Vorbehalte angebracht:
 - Zweisprachige Schulen stehen in Widerspruch zum Territorialitätsprinzip.
 - Zweisprachige Schulen leisten der Germanisierung von französischsprachigen Gemeinden Vorschub.

Diese Argumente werden im Kanton Wallis nicht in die Diskussion eingebracht, ein Unterschied, der vor dem Hintergrund der jeweiligen sprachlichen Situation in den Kantonen resp. in den Projektgemeinden gesehen werden muss.

6. Schlussbemerkungen

Die bisherige Darstellung macht deutlich, dass im Vorfeld einer Projektrealisierung sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet werden muss, d.h. eine differenzierte Information über die neueren Forschungsergebnisse zur individuellen Zweisprachigkeit, aber auch Informationsarbeit, was die Sprachlernfähigkeiten von sogenannten lernschwachen Kindern betrifft. Generell gilt, dass in allen Projekten (wie auch im einsprachigen Schulsystem) idealerweise auch die L1 von Migrantenkindern vermehrt miteinbezogen werden müsste.¹² Dieser Forderung konnte in den Walliser Projekten nicht nachgekommen werden. Der Unterricht in den Projekten richtet sich an eine "einsprachige" Schülerschaft, die auch in der L2 unterrichtet wird, d.h. es werden nur die offiziellen Sprachen berücksichtigt.

Die Erfahrungen im Kanton Wallis lassen sehr gut folgende Tendenz erkennen: Je später ein Projekt beginnt (also Primarschule vs. Kindergarten) desto eher werden v.a. leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler für die

¹² Eine Forderung, die auch in dem von der EDK in Auftrag gegebenen Gesamtsprachenkonzept aufgenommen wurde (vgl. EDK 1998) und die in der Vernehmlassung in den Kantonen zumelst als unrealisierbar abgetan wurde.

Projekte eingeschrieben. Mit zunehmender Projektdauer dehnt sich das Leistungsspektrum dann aber weiter aus. Andererseits hat sich gezeigt, dass in den Fällen, in denen eine breite Informationsarbeit stattfand, also eine breite Elternschaft erreicht werden konnte (wie das z.B. für die ersten beiden Jahrgänge des frühen Immersionsmodells in Siders der Fall war), sich die Klassen vom Leistungsspektrum, von den Herkunftssprachen und vom sozioökonomischen Hintergrund der Eltern her heterogener zusammensetzen als in den Fällen, wo die Information weniger breit gestreut war.

Was die sprachliche und didaktische Ausbildung der Lehrpersonen betrifft, kann eine Ad-hoc-Ausbildung (wie im Wallis im Rahmen von Sommerkursen) auf Dauer nicht Genüge leisten. In diesem Zusammenhang sind die neuen Höheren Pädagogischen Lehranstalten, die in den Kantonen in nächster Zukunft die Lehrerseminarien ablösen werden, gefordert.¹³

Der Vergleich zwischen dem Kanton Wallis und dem Kanton Freiburg zeigt, dass frühe Immersionsmodelle mit einer hohen L2-Dotation in einem bestimmten sprachlichen Kontext als Bedrohung der sprachlichen und kulturellen Identität und des sprachlichen Territoriums wahrgenommen werden. In der Gemeinde Marly wird von den Kritikern eine Argumentationsweise aufgenommen, in deren Zentrum eine strikte Anwendung des Territorialitätsprinzips steht und die derartige Schulprojekte als unvereinbar mit diesem Prinzip ansieht. Die Lage der Gemeinde an der Sprachgrenze, der als hoch empfundene Anteil an Deutschsprachigen, die Tatsache, dass deren Kinder die deutschen Schulen besuchen können und v.a. die Tendenz der Französischsprachigen im Kanton Freiburg, sich zunehmend mit ihrer Rolle als nationale Minderheit zu identifizieren und entsprechend zu argumentieren, spielt in dieser Diskussion ebenfalls mit.

Dieser Diskurs wird im Wallis nicht geführt. Auch in einer Gemeinde wie Siders, mit sehr ähnlichen Sprachverhältnissen wie in Marly, kommen diese Themen nicht zur Sprache. Die im Vergleich zum Kanton Freiburg unproblematischeren Sprachverhältnisse haben die – relativ rasche – Umsetzung der frühen Immersionsmodelle offensichtlich erst möglich gemacht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in einem gemischtsprachigen Kontext (vgl. Siders und Stadt Freiburg) die Initiative für die Einrichtung von zweisprachigem Unterricht nie von der deutschen Sprachminderheit ausging, ja

¹³ Im Kanton Wallis wird allerdings momentan diskutiert, zwei nach Sprachregionen getrennte Abteilungen der HPL einzurichten. Womit einmal mehr das Potential, wie es ein zweisprachiger Kanton bietet, nicht oder nur teilweise ausgenutzt werden könnte.

dass sogar auf den ersten Blick eine gewisse Abwehrhaltung dieser Gruppe feststellbar ist. Der unter Punkt 3.3.3 beschriebene Fall der deutschsprachigen Eltern in Siders, die sich gegen die Integration von französischsprachigen Kindern in die deutschsprachigen Kindergartenklassen wehrten, kann aber v.a. damit erklärt werden, dass hier ein "offizielles" Immersionsprojekt ein "inoffizielles" überlagerte und dieser Tatsache nicht Rechnung getragen wurde. Derartige "Modelle", ebenso wie die Tatsache, dass ein Grossteil der deutschsprachigen Kinder in einer vom Französischen dominierten Stadt (wie Siders oder Freiburg) eine höhere L2-Kompetenz erreichen als ihre französischsprachigen Kollegen, mag teilweise erklären, warum deutschsprachige Eltern in einem vom Französischen geprägten Kontext – im Gegensatz zu deutschsprachigen Eltern in einem deutschsprachigen Umfeld – weniger Interesse an zweisprachigen Projekten für ihre Kinder zeigen.

Bibliographie

- ALTERMATT, Urs (1993): "Französisch war die Sprache der Regierung. Zum langen Emanzipationsprozess der deutschfreiburgischen Minderheit", in: *Geschichtsforschender Verein des Kantons Freiburg* (ed.), *Freiburger Geschichtsblätter*, 70, Freiburg, Universitätsverlag.
- Bericht der Kommission zur Anwendung des Sprachenartikels der Freiburger Staatsverfassung*, Oktober 1993. (Kommission Schwaller).
- BREGY, Anne-Lore, FUCHS, Gabriela & WEISS, Jacques (1995): "Evaluation de l'expérience d'apprentissage bilingue de Sierre 1993/94. Intégration des enfants francophones dans les classes allemandes", Neuchâtel: IRDP (= *Recherches*, 95.103).
- BREGY, Anne-Lore, BROHY, Claudine & FUCHS, Gabriela (1996): "Evaluation de l'expérience d'apprentissage bilingue de Sierre 1994/95", Neuchâtel: IRDP (= *Recherches*, 96.104).
- BREGY, Anne-Lore, BROHY, Claudine & FUCHS, Gabriela (janvier 1998): "Le point sur l'enseignement bilingue", *Bulletin d'information de la CIIP/SRTI et de l'IRDP*.
- BROHY, Claudine (1992): *Eine zweisprachige Schule in Freiburg? Une école bilingue à Fribourg?* Freiburg/Fribourg: Association Ecole bilingue Fribourg.
- BROHY, Claudine (1994): "Enseignement bilingue à Fribourg: entre utopie pédagogique et réalité légale", Vortrag gehalten im Rahmen der Tagung "Droit et langue(s) d'enseignement", Fribourg 14–17 septembre 1994.
- BROHY, Claudine (1998): *Zweisprachige Modelle und Projekte an Schweizer Schulen/ Expériences et projets bilingues dans les écoles en Suisse*. Solothurn: Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des mehrsprachigen Unterrichts in der Schweiz/ Association pour la promotion de l'enseignement plurilingue en Suisse. (Ergänzung zum Bericht von 1996)
- Communauté Romande du Pays de Fribourg (1995): *Manifeste de Marly*. Adopté à Marly le 22 novembre 1995.
- CRETTON, Cilette (1995): "Parlez-vous le «Suisse»?", in: *Educateur*, 9, 3.
- EDK (1995a): Mehrsprachiges Land – mehrsprachige Schulen: Effizientes Sprachenlernen durch Sachunterricht in einer anderen Sprache. 7. Schweizerisches Forum des Ausschusses

- Langue 2/ Fremdsprachenunterricht der EDK. Bern: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (=Dossier 33).
- EDK (1995b): *Erklärung zur Förderung des zweisprachigen Unterrichts in der Schweiz vom 2. März 1995*. Bern: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren.
- EDK (1998): *Welche Sprachen sollen die Schülerinnen und Schüler in der Schweiz während der obligatorischen Schulzeit lernen? Bericht einer von der Kommission für allgemeine Bildung eingesetzten Expertengruppe "Gesamtsprachenkonzept" an die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren*. Kurzfassung. Bern, 15. Juli 1998.
- FLEINER-GERSTER, Thomas (1991): "Das sprachliche Territorialitätsprinzip in gemischtsprachigen Gebieten", in: *Gesetzgebung heute*, 1, 93-107.
- FUCHS, Gabriela & WERLEN, Iwar (1997): "Zweisprachige Schule Brig-Glis. Zwischenbericht nach zwei Jahren teilimmersivem Unterricht. Schuljahr 1995/96 und 1996/97". Bericht an den Schulpräsidenten zuhanden des Gemeinderates der Stadtgemeinde Brig-Glis. Brig-Glis, Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit.
- FUCHS, Gabriela (März 1998): "Zweisprachige Schule Brig-Glis. Resultate der Elternbefragung (3.-6. Primarklasse)". Brig-Glis: Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit; Schuldirektion Brig-Glis. (Unveröffentlichter Bericht)
- GURTNER, Jean-Luc et al. (décembre 1995): *Enseignement d'une langue seconde à l'école enfantine. Evaluation scientifique des expériences fribourgeoises de Villars-sur-Glâne et de Morat 1994/95*, Fribourg, Institut de pédagogie de l'Université de Fribourg.
- LÜDI, Georges, WERLEN, Iwar et al. (1997): *Die Sprachenlandschaft Schweiz. Eidgenössische Volkszählung 1990*, Bern, Bundesamt für Statistik.
- Préoccupations des enseignants de Marly face au projet d'ouverture d'école bilingue à Marly*, Corps enseignant de Marly, 14 juin 1995.
- Promotion de la langue partenaire. Förderung der Partnersprache*. Concept élaboré par le groupe de travail (groupe noyau) pour la promotion de la langue partenaire à l'école. Fribourg, Direction de l'instruction publique et des affaires culturelles, 19 septembre 1997.
- SPVAL (1997): *Rapport d'activité 1997 de la société pédagogique valaisanne*.
- Rapport pour la création d'une classe enfantine bilingue dans la commune de Villars-sur-Glâne*. Présenté par le comité des parents d'élèves de l'école maternelle bilingue de Villars-sur-Glâne. Villars-sur-Glâne, avril 1994.
- Rencontre SPVal-DIP. "On nous voudrait partenaires dans les difficultés mais muets dans les choix décisionnels", in: *Educatuer*, 9, 1995, 29.
- Une école bilingue à Marly?* Association Ecole bilingue Fribourg et parents de Marly, mars 1995.
- WINDISCH, Uli et al. (1992): *Les relations quotidiennes entre Romands et Suisses allemands. Les cantons bilingues de Fribourg et du Valais*, Tomes I et II. Lausanne, Editions Payot.